



# **Wir versorgen Deutschland**

## **Wahlprüfsteine**

### **zur Wahl zum**

## **Europäischen Parlament**

**2024**

**Alle Fragen von WvD zur Gesundheitspolitik im Bereich der Hilfsmittelversorgung  
und die zugehörigen Antworten der Parteien.**

## Einleitung

Rund ein Viertel der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung ist auf die Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln angewiesen. Eine qualitativ hochwertige Hilfsmittelversorgung durch Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerk ist ein wichtiger Baustein zur Sicherung der Teilhabe und Lebensqualität der betroffenen Patientinnen und Patienten. Sie sichert den Erfolg medizinischer Behandlungen, beugt drohenden Behinderungen vor oder gleicht bereits vorhandene Beeinträchtigungen aus.

Über 120.000 Beschäftigte sowie mehr als 8.000 Leistungserbringer in den Bereichen Orthopädie-Technik, Orthopädie-Schuhtechnik, Reha-Technik und Homecare sorgen in Deutschland für eine wohnortnahe und qualitätsgesicherte Versorgung dieser Patientinnen und Patienten. Sie leisten damit einen entscheidenden Beitrag zur Entlastung des Gesundheitssystems, insbesondere im Bereich der Pflege und der stationären Versorgung.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird die Bedeutung einer wohnortnahen und qualitätsgesicherten Hilfsmittelversorgung in Zukunft weiter zunehmen. Gleichzeitig nimmt die Bedeutung europäischer Regelungen für die Hilfsmittelversorgung stetig zu.

---

### **1) Wie stehen Sie zur Harmonisierung von Standards und Zulassungsverfahren für Medizinprodukte in der Hilfsmittelversorgung innerhalb der EU, um einen grenzüberschreitenden Handel zu gewährleisten und gleichzeitig die Abhängigkeit von Lieferanten und Herstellern außerhalb Europas zu verringern?**

#### **CDU/CSU:**

„CDU und CSU stehen zu dem Ziel, den europäischen Binnenmarkt auszubauen und den freien Handel zu stärken. Wir benötigen Regeln, die eine gute Versorgung mit Medizinprodukten gewährleisten. Es ist deshalb ein wichtiges Signal, dass die Kommission Verbesserungen der Medizinprodukteverordnung angekündigt hat und das Europäische Parlament eine Frist-Verschiebung für die Rezertifizierung in einem Teilbereich der Medizinprodukteverordnung auf den Weg gebracht hat. Zudem brauchen wir auf europäischer Ebene endlich einen wirksamen Bürokratieabbau und Belastungsstopp. Regelwerke, die eine Harmonisierung im Binnenmarkt weiter vorantreiben, sollten nur verabschiedet werden, wenn sie die Rechtsanwendung vereinfachen, Bürokratiekosten deutlich mindern und Kooperationsmöglichkeiten, insbesondere auch im Forschungs- und Entwicklungsbereich, stärken. Diese Regeln müssen es ermöglichen, dass auch neue Medizinprodukte schnell auf den Markt kommen.“

#### **B 90 / Grüne:**

„Gemeinsame Standards sind in einem Binnenmarkt grundsätzlich eine gute Idee. Es bedarf allerdings einer Herangehensweise, die bereits in einzelnen Mitgliedstaaten zugelassene Medizinprodukte, Heil- und Hilfsmittel nicht vorzeitig vom Markt verschwinden lässt.“

**SPD:**

„Einer Harmonisierung der Zulassungsverfahren für Medizinprodukte in der Hilfsmittelversorgung stehen wir offen gegenüber. Allerdings muss sichergestellt werden, dass die bürokratischen Hürden nicht zu hoch sind und die Harmonisierung nicht übers Ziel hinausschießt.“

**FDP:**

Die Fragen 1, 2 und 4 werden gemeinsam beantwortet.

„Wir Freie Demokraten wollen die Bürokratie im Gesundheitsbereich reduzieren und die Zulassungsverfahren für Medikamente und Medizinprodukte vereinfachen und beschleunigen, ohne Kompromisse bei der Patientensicherheit zu machen. In der Pandemie haben wir gute Erfahrung mit der Entschlackung und Beschleunigung von Zulassungsverfahren in diesem Bereich gemacht. Zu aufwendige und bürokratische Verfahren treffen insbesondere kleine Hersteller überproportional und haben dazu geführt, dass einige, bereits seit langer Zeit sicher in der Anwendung befindliche Medizinprodukte, nicht erneut zugelassen, sondern vom Markt genommen wurden. Dieser Zustand muss rückgängig gemacht werden.“

---

**2) Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Interessen der – insbesondere im Bereich der Sanitätshäuser und des Gesundheitshandwerks – mittelständisch geprägten deutschen Hilfsmittelleistungsversorger bei der Ausgestaltung von EU-Richtlinien und Verordnungen angemessen berücksichtigt werden?**

**CDU/CSU:**

„CDU und CSU haben ein großes Interesse daran, dass kleine und mittlere Unternehmen erfolgreich sind. Sie machen etwa 95 Prozent der europäischen Industrie für Medizinprodukte aus. Für unseren Mittelstand wollen wir den Europäischen Mittelstandsbeauftragten stärken.“

**B 90 / Grüne:**

„Bei Verhandlungen zu EU-Gesetzgebungsverfahren ist es uns Grünen ein besonderes Anliegen, die Positionen aller Verbände anzuhören. Unser Ziel ist ein ausgewogenes Gesetz, das große wie kleine Unternehmen angemessen adressiert.“

**SPD:**

„Bei der Bearbeitung von Gesetzestexten halten wir es für besonders wichtig, mit allen betroffenen Akteurinnen und Akteuren ins Gespräch zu kommen, um so die bestmöglichen Entscheidungen treffen zu können. Die Berücksichtigung der verschiedenen Positionen ist hierbei von größter Bedeutung, da nur durch aktiven Austausch alle Positionen miteinbezogen werden können und ein balancierter Text verabschiedet werden kann.“

**FDP:**

Vergleiche Antwort auf Frage 1.

---

**3) Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Europäische Gesundheitsdatenraum (EHDS) bürokratiearm und orientiert an der mittelständisch geprägten deutschen Versorgungsstruktur – insbesondere im Bereich der systemrelevanten Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke – eingeführt wird?**

**CDU/CSU:**

„Der Europäische Gesundheitsdatenraum (EHDS) ist ein großer Fortschritt zum Schutz der Gesundheit in der Europäischen Union. Unter Wahrung des Datenschutzrechts soll in diesen Datenräumen das Teilen von Daten erleichtert werden. Die sekundäre Datennutzung wird auch die Entwicklung von innovativen Medizinprodukten unterstützen. Wir werden im Prozess der stetigen Weiterentwicklung darauf hinwirken, dass für die mittelständisch geprägte deutsche Versorgungsstruktur im Bereich der Hilfsmittelversorger bürokratie- und aufwandsarme praxismgerechte Lösungen gelten.“

**B 90 / Grüne:**

„Der EHDS ist ein wichtiges Instrument für mehr und schnelleren Datenaustausch zum Schutz von Leben und Gesundheit. Durch die digitalen Zugriffsmöglichkeiten soll der EHDS Bürokratie abbauen und Doppeluntersuchungen verringern. Aufgrund der unterschiedlichen Systeme in den einzelnen Mitgliedstaaten wird es unabdingbar sein, dass Schnittstellen zu den gängigen Softwareprodukten im Bereich des Gesundheitswesens entwickelt werden. Die konkrete Umsetzung des EHDS obliegt den nationalen Regierungen, die die jeweiligen Strukturen in ihren Ländern berücksichtigen müssen.“

**SPD:**

„Als Gesetzgeber auf europäischer Ebene kann das Europäische Parlament keinen direkten Einfluss auf die Umsetzung des europäischen Gesundheitsdatenraums auf nationaler Ebene geltend machen. Die Umsetzung des EHDS in Deutschland ist Aufgabe der zuständigen nationalen Stellen. Allerdings haben wir uns im Gesetzgebungsprozess dafür eingesetzt, dass der europäische Gesundheitsdatenraum soweit wie möglich mit bestehender deutscher Gesetzgebung, z. B. zur elektronischen Patientenakte, kompatibel ist und so Doppelregulierung oder eine erneute Umstellung vermieden werden kann. Zudem lässt der EHDS den Mitgliedsstaaten bei der technischen Umsetzung bewusst Spielraum und ermöglicht über lange Umsetzungsfristen allen Akteuren, sich auf die neuen Regeln einzustellen.“

**FDP:**

„Wir Freie Demokraten wollen, dass Gesundheitsdaten in Europa einheitlich und in vergleichbarer Form erfasst werden. Zentral soll hier die Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Gesundheitsdatenraums sein. In Bezug auf Primär- und Sekundärdaten sind dabei höchste Datenschutzerfordernisse anzulegen. Es ist unverständlich, dass Gesundheitsdaten in den Mitgliedstaaten bisher teilweise so unterschiedlich erhoben werden, dass Sie kaum miteinander verglichen werden können. Angepasste Datenerhebung ist Grundvoraussetzung, um voneinander lernen zu können. Europaweiter Austausch von Primärdaten wie Diagnosen, Allergien, Medikamentenplänen und Labor- sowie Röntgendaten, bietet ein Mehr an Patientensicherheit. Es soll möglich sein, Sekundärdaten in anonymisierter Form für Zwecke der Forschung oder der politischen Entscheidungsfindung zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus muss ein Widerspruch zur

Speicherung und Weitergabe von Daten für die Bürgerinnen und Bürger möglich sein.“

---

**4) Wie werden Sie sich bzgl. der Medical Device Regulation dafür einsetzen, dass diese im Hinblick auf die weitere Verfügbarkeit von Medizinprodukten in der Hilfsmittelversorgung, insb. in der Pädiatrie, sowie die Reduzierung von Kosten und Verwaltungsaufwand, insb. für KMU, überarbeitet wird?**

**CDU/CSU:**

„Abgeordnete von CDU und CSU haben in Brüssel einen 10-Punkte-Forderungskatalog zur Änderung der EU-Medizinprodukte-Verordnung (MDR) vorgelegt. Die zehn Forderungen finden Sie hier: [https://www.peter-liese.de/images/10\\_Punkte\\_MDR.pdf](https://www.peter-liese.de/images/10_Punkte_MDR.pdf). „

**B 90 / Grüne:**

„Im Falle einer Revision der Verordnung durch die Europäische Kommission werden wir Grüne uns dafür einsetzen, dass der Aufwand insbesondere für KMU verringert wird und die Hersteller analog den Arzneimittelherstellern einen Versorgungsauftrag erfüllen müssen.“

**SPD:**

„Als Fraktion setzten wir uns aktiv für eine Überarbeitung der MDR und IVDR ein. Hierbei befürworten wir eine explizite Nennung und Regulierung für die Sicherstellung der Versorgung der sogenannten Orphan-Medizinprodukte.“

**FDP**

Vergleiche Antwort auf Frage 1.

---

**5) Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die weltweit als Leuchtturm geltende duale Ausbildung im Bereich der Gesundheitshandwerke europaweit adäquat anerkannt wird und damit die Hilfsmittelversorgung von den Regelungen der EU-Freizügigkeit mit Blick auf den Fachkräftemangel profitieren kann?**

**CDU/CSU:**

„CDU und CSU setzen auf die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Deshalb haben wir im Berufsbildungsmodernisierungsgesetz neue attraktive und international verständliche Fortbildungsstufenbezeichnungen „Berufsspezialist“, „Bachelor Professional“ und „Master Professional“ eingeführt. Von dieser Neuregelung profitieren die Gesundheitshandwerke besonders. Denn die Zusatzbezeichnungen machen deutlich, dass die beruflichen Abschlüsse auf einer Ebene mit den akademischen Abschlüssen „Bachelor“ und „Master“ stehen. Damit befindet sich der Handwerksmeister in Bezug auf sein Qualifikationsniveau auf Augenhöhe mit akademischen Bachelorabsolventen. Zugleich treten CDU und CSU dafür ein, dass die EU-Mitgliedstaaten die Anerkennungsverfahren und den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) als Transparenzinstrument weiter vereinfachen. Denn qualifizierte Fachkräfte sind der Dreh- und Angelpunkt für die Zukunftsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit Europas.“

**B 90 / Grüne:**

„Unser Ziel ist die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen innerhalb der EU und die Entwicklung von Rahmenregelungen für Fachkräfte, die ihre Ausbildung außerhalb der EU erhalten haben.“

**SPD:**

„Die direkte Anwendung des in der Schule erworbenen Wissens in der Berufspraxis, der enge Kontakt zu den Ausbildern im Betrieb und der relativ leichte Berufseinstieg sind nur einige Vorteile der dualen Ausbildung. Gerade im Gesundheitsbereich findet eine zunehmende Akademisierung der Berufsbilder statt. Um den Wert der dualen Ausbildung zu erhalten, sollte die Akademisierung nur behutsam und unter zwei Bedingungen vorangetrieben werden: Der berufliche Ausbildungsabschluss muss ohne weitere Hürden die Tür zur hochschulischen Weiterbildung öffnen können und gleiche Berufsbilder müssen unabhängig von der Frage, ob sie beruflich oder akademisch ausgebildet wurden, gleich bezahlt werden. Um die Mobilität der Gesundheitsberufe zu erhöhen, wäre eine automatische gegenseitige Anerkennung der jeweils im Ausland erworbenen Abschlüsse und Lernzeiten sehr wünschenswert. Übergangsweise könnten die Anerkennungsverfahren online durchgeführt und durch digitale Tools zeitlich deutlich verkürzt werden.“

**FDP:**

„Wir Freie Demokraten fordern, dass EU-Förderprogramme verstärkt für die Anschubfinanzierung dualer Ausbildungssysteme genutzt werden, wo diese bisher nicht existieren. Das Modell der dualen Ausbildung hat in hohem Maße zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands beigetragen. Es ermöglicht, in der Ausbildung einen betrieblichen und einen schulischen Teil miteinander in Einklang zu bringen und hat so hervorragende Fachkräfte hervorgebracht. Nun möchten wir, dass junge Menschen europaweit von diesem Modell profitieren können.“

---

**6) Wie wollen Sie die Umgestaltung der Herstellung, des Vertriebs, der Nutzung und der Entsorgung von risikoarmen Medizinprodukten im Sinne der Nachhaltigkeit vorantreiben? Wie wollen Sie dabei insbesondere kleine und mittlere Unternehmen unbürokratisch unterstützen?**

**CDU/CSU:**

„Auch und insbesondere in der Herstellung, Nutzung und Entsorgung von Medizinprodukten setzen wir uns für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft ein. Ziel ist es, im Sinne des reduce-reuse-recycle-Ansatzes Verpackungsabfälle zu reduzieren und beispielsweise durch einen modulareren Aufbau von Verpackungen und Produkten die Weiterverarbeitung des Abfalls zu erleichtern. Ebenfalls wollen wir auch den Sharing-Ansatz unterstützen und begrüßen daher die vielfältigen Leihmöglichkeiten von Hilfsmitteln und Medizinprodukten.“

**B 90 / Grüne:**

„Auch für Medizinprodukte muss es so gut wie möglich ein Kreislaufsystem geben. Wo das aus technischen oder hygienischen Gründen noch nicht möglich ist, muss das Ziel sein, Müll und Schadstoffe bestmöglich aus der Umwelt fernzuhalten und niedrighschwellige und sichere Entsorgungs- und Sammelmöglichkeiten zu etablieren. Auch hier setzen wir auf die erweiterte Herstellerverantwortung.“

**SPD:**

„Medizinprodukte bestehen oft aus wertvollen und sehr hochwertigen Materialien und dessen Entsorgung sollte im Sinne der Kreislaufwirtschaft und somit der Schonung der Ressourcen getätigt werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Produkte, die kein Risiko darstellen, für das Recycling und für die Wiederaufbereitung bereitgestellt werden können und, wenn möglich, der Einsatz von Einwegprodukten vermieden wird. So können wir Ressourcen schonen, Abfall minimieren und kreislauffähige Geschäftsmodelle unterstützen, solange der Schutz der Patienten und der Umwelt gesichert ist. Bürokratie soll – wo möglich – abgebaut werden, um Planungsprozesse zu beschleunigen und Raum für Unternehmertum und Kreativität zu schaffen. Ein verantwortungsvoller Abbau von bürokratischen Hemmnissen sind für Großunternehmen sowie für KMU, Start-ups, Selbstständige und Freiberufler dringend notwendig.“

**FDP:**

Die Fragen 6 und 7 werden gemeinsam beantwortet.

„Wir Freie Demokraten fordern Nachhaltigkeit und Umweltschutz im Gesundheitswesen und bekennen uns zur Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen. Für eine nachhaltige Produktion medizinischer Instrumente und Bedarfsmaterialien sollen zukünftig mehr recycelte Kunststoffe verwendet werden, sogenannte ‚Medical Grade Plastics‘. Wir wollen Medizintechnikunternehmen Anreize geben, neue Technologien zu nutzen und zum Beispiel den Einsatz von Biokunststoffen in der Verarbeitung zu Medizinprodukten zu verwenden. Wo medizinisch und hygienisch möglich, soll Verpackungsmüll reduziert werden, zum Beispiel durch die Verwendung von Großgebinden für regelmäßig benötigte Materialien sowie das Weglassen von Umverpackungen. Der Anteil an biologisch abbaubaren Reinigungsmitteln kann deutlich erhöht werden. Verfahrensabläufe sollen auf ihre tatsächliche Notwendigkeit überprüft werden. Die Möglichkeiten des seit 2016 gültigen E-Health-Gesetzes sollen optimal genutzt werden. Analoges Röntgen wollen wir wegen der dazu notwendigen Chemikalien und Verbrauchsgüter durch digitales Röntgen flächendeckend ersetzen. Förderprogramme für Digitalisierung und Förderung der Nachhaltigkeit im medizinischen Sektor müssen ausgebaut werden.“

---

**7) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Nachhaltigkeit im Bereich der Medizinprodukte und ihrer Versorgung bei öffentlichen Ausschreibungen sowie bei der Kostenübernahme in der Gesundheitsversorgung standardmäßig berücksichtigt und entsprechend refinanziert wird?**

**CDU/CSU:**

„In den Augen von CDU und CSU ist es die Aufgabe der öffentlichen Hand auch im Hinblick auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele voranzugehen. Wenn die öffentliche Hand ihre Beschaffung zukunftsgerecht und nachhaltig aufstellt, wird so die breite Gesellschaft motiviert es ihr gleich zu tun. Gleichmaßen wirkt sich der Anteil der öffentlichen Beschaffung positiv auf die Marktentwicklung aus.“

**B 90 / Grüne:**

„Ja. Solche Innovationen müssen belohnt werden, denn sie setzen auf eigene Initiative und Kosten

Maßnahmen um, die gesamtgesellschaftlichen Mehrwert haben.“

**SPD:**

„In der Richtlinie über das öffentliche Beschaffungswesen sind gezielte Leitlinien für den Gesundheitssektor erforderlich. Diese Leitlinien sollten Empfehlungen für die Mitgliedstaaten geben, was bei der Vergabe von Angeboten speziell für den Gesundheitssektor zu beachten ist. Es sollte auf dem Prinzip des ‚wirtschaftlich günstigsten Angebots‘ (‚MEAT‘ -Kriterien) basieren, das darauf abzielt, das beste Preis-Leistungs-Verhältnis und nicht nur das billigste Produkt zu gewährleisten. Zu berücksichtigen sind unter anderem der Beitrag zur Versorgungssicherheit in der EU und eine ausreichende Vorlaufzeit für die Herstellung, um die Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Gesundheitstechnologien zu garantieren.“

**FDP:**

Vergleiche Antwort auf Frage 6.

---

**8) Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Regelungen des EU-Lieferkettengesetzes gerade für kleine und mittlere Unternehmen in hochregulierten Bereichen wie der Hilfsmittelversorgung bürokratiearm und rechtssicher ausgestaltet werden?**

**CDU/CSU:**

„CDU und CSU kritisieren seit längerer Zeit die bürokratische Belastung der kleinen und mittleren Unternehmen infolge des EU-Lieferkettengesetzes. Daher lehnen wir das EU-Lieferkettengesetz in seiner derzeitigen Form ab. Es sollte zumindest bürokratiearm umgesetzt werden. Um kleine und mittlere Unternehmen nicht übermäßig zu belasten, sollte das nationale Lieferkettengesetz bis zum Inkrafttreten der EU-Lieferkettenrichtlinie und bis zu dessen Ersetzung durch das Umsetzungsgesetz der EU-Lieferkettenrichtlinie vollständig ausgesetzt werden.“

**B 90 / Grüne:**

„Das EU-Lieferkettengesetz gilt nur für Unternehmen ab 1.000 Mitarbeitenden und ab 450 Millionen Euro Jahresumsatz. Wir werden uns für eine möglichst bürokratiearme Umsetzung dieses europäischen Gesetzes in deutsches Recht einsetzen und existierende deutsche Vorgaben entsprechend anpassen, um eine Doppelbelastung zu verhindern. Leider sieht man aber in der Realität, dass große Unternehmen dennoch oft einfach ihre Sorgfaltspflichten auf ihre kleineren Zulieferer abwälzen. Falls dies weiterhin geschehen sollte, hat das EU-Lieferkettengesetz einige Vorkehrungen getroffen. So haben große Unternehmen die Pflicht, ihre Zulieferer bei der Erfüllung der Anforderungen zu unterstützen. Auch muss die EU-Kommission laut Gesetz nun Mustervertragsklauseln ausarbeiten, in denen genau die Pflichten der Vertragspartner festgehalten werden.“

**SPD:**

„Das EU-Lieferkettengesetz schließt kleine und mittlere Unternehmen explizit vom Anwendungsbereich aus. Gleichzeitig wird es großen Unternehmen im Anwendungsbereich verboten, ihre Pflichten einfach an kleinere Zulieferer vertraglich weiterzureichen. Wo einem KMU

Kosten entstehen, muss das Unternehmen im Anwendungsbereich im Zweifel für diese aufkommen. Zusätzlich verpflichten wir die Kommission, Handreichungen und Empfehlungen zur Umsetzung zu veröffentlichen. Neue Berichtspflichten entstehen durch das EU-Lieferkettengesetz nicht, da diese an die bereits in Kraft getretene Nachhaltigkeitsberichtserstattungsrichtlinie angeglichen sind.“

**FDP:**

„Eine EU-Lieferkettenrichtlinie ist sinnvoll, um Menschenrechte und Umwelt in Lieferketten wirksam zu schützen. Sie muss aber für Unternehmerinnen und Unternehmer zumutbar ausgestaltet sein. Bei der Umsetzung der europäischen Lieferkettenrichtlinie müssen nun alle Spielräume genutzt werden, um unverhältnismäßige und praxisferne Belastungen für die Wirtschaft zu verhindern.

Der Hilfsmittelmarkt ist mit zahlreichen interdependenten Herausforderungen konfrontiert: Umgang mit (globalen) Lieferketten, Preiserhöhungen, Fachkräftemangel und der digitalen Transformation. Hier ist es bei der Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie besonders wichtig, dass möglichst bürokratische Hemmnisse abgebaut werden, so dass Prozesse vereinfacht und damit beschleunigt werden.

Ferner müssen wir die Lieferketten der Europäischen Union auf eine breitere Basis stellen, besonders wenn es um die Versorgung mit kritischen Rohstoffen, Produkten und Technologien geht. Dafür wollen wir verstärkt auf Rohstoff- und Technologiepartnerschaften setzen.

Dazu fordern wir, dass die EU-Kommission regelmäßig Abhängigkeits-Stresstests durchführt und insbesondere geopolitische Risiken und mögliche kritische Lieferkettenengpässe präventiv evaluiert und in Abstimmung mit den Unternehmen abbaut. Planwirtschaftliche Eingriffe wie Produktionsvorgaben für Unternehmen lehnen wir ab.“

---

## **Über „Wir versorgen Deutschland“ (WvD)**

Das Bündnis **Wir versorgen Deutschland** setzt sich für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Die Mitglieder zählen zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen von Leistungserbringern im Hilfsmittelbereich. Zu dem Bündnis gehören der Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, die EGROH-Service GmbH, die ORTHEG eG, die Reha-Service-Ring GmbH, die rehaVital Gesundheitsservice GmbH, die Sanitätshaus Aktuell AG sowie der Verband Versorgungsqualität Homecare e.V.

### **Berliner Büro**

Lützowstraße 102-104

Aufgang C, 5. OG

10785 Berlin

[info@wirversorgendeutschland.de](mailto:info@wirversorgendeutschland.de)

[www.wirversorgendeutschland.de](http://www.wirversorgendeutschland.de)

[BT-Lobbyregister-Nr.:](#) R004824

[Verhaltenskodex BT-Lobbyregister](#)



**Anmerkung:** Evtl. Rechtschreib- und Grammatikfehler in den Antworten der Parteien wurden nicht korrigiert. Ggf. einleitende persönliche Anreden wurden entfernt. Erläuterungen und Verweise unsererseits auf gleich lautende sowie fehlende Antworten sind kursiv markiert. Die Reihenfolge der Parteien orientiert sich an den Ergebnissen der vorherigen Wahl. Für die Inhalte der Antworten sowie die Inhalte und Aktualität von ggf. in den Antworten der Parteien vorhandenen Verlinkungen sind ausschließlich die jeweiligen Parteien verantwortlich.

Stand: Mai 2024